

3

Bonn, 3. Juli 1951

Anwesend: Adenauer (zeitweise abwesend), Albers, Bach, von Brentano, Cillien, Dichtel, Frau Gröwel, Hilpert, Holzappel, Kaiser, Kather, Kiesinger, Majonica, Schreiber, Schröter, Simpfendorfer, Strickrodt, Süsterhenn sowie Lubbers.

Organisation und Finanzen der Partei (Wirtschaftsbild) und der Bundesgeschäftsstelle (Besetzung der Referate, Bildung von Ausschüssen), Besoldung der Geschäftsführer, Beziehungen zwischen Bundesgeschäftsstelle und Landes- und Kreisverbänden, Problem von „Patenkreisen“, nächster Parteitag. Verhältnis zwischen Partei und Bundestagsfraktion. NEI und Bildung einer Christlichen Internationale. Zustand der Partei in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen.

Beginn: 16.00 Uhr

Ende: 20.30 Uhr

Adenauer erklärte zu Beginn, er wolle wegen seines Gesundheitszustandes seine politischen Ausführungen auf den Parteiausschuß verschieben¹. Bis zur Bundestagswahl seien es nur noch knapp zwei Jahre. Wenn dabei die Sozialdemokraten die stärkste Partei in Deutschland würden und Schumacher Bundeskanzler, so bedeute das eine innere und äußere Katastrophe. Es gebe keine Hoffnung, daß in der SPD eine andere Strömung zu Worte käme, solange Schumacher an der Spitze stehe. Ein Beispiel für die Haltung der SPD unter Schumacher sei die Sitzung des Bundesrates über den Schumanplan gewesen. Beschämenderweise habe beispielsweise Senatspräsident Kaisen² zuerst eine Rede für den Schumanplan gehalten und dann auf Anweisung seines Senats dagegen gestimmt. Oberbürgermeister Brauer³ war nicht einmal erschienen. Schumacher beherrsche die SPD absolut.

Aufgabe der CDU sei es bei dieser Sachlage, die Organisation so stark wie nur eben denkbar zu machen. Die Organisation in den Landesparteien und in der Zentrale sei noch schlecht. Der Vorstand habe lange auf den Dortmunder Geschäftsführer Blank gewartet, der sich zunächst bereit erklärt hatte, Bundesgeschäftsführer zu werden. Dann habe man den Vorstand vertröstet, bis der westfälische Vorsitzende

1 Vgl. Protokoll der 5. Sitzung des Bundesparteiausschusses der CDU Deutschlands vom 4. Juli 1951 (ACDP VII-001-019/4).

2 Wilhelm Kaisen (1887–1979), 1921–1933 Mitglied der Bremer Bürgerschaft (SPD), ab 1927 Senator für Wohlfahrtswesen, 1945–1965 Bürgermeister und Senatspräsident von Bremen (Erinnerungen: Meine Arbeit, mein Leben. München 1967). Vgl. Lothar BAGEMIHLE in DEMOKRATEN S. 163–170. – Äußerungen Kaisens in der 61. Sitzung des Bundesrates vom 27. Juni 1951 (Sten.Ber. des BR S. 451D). Zu den SPD-internen Auseinandersetzungen vgl. KLOTZBACH S. 206–210.

3 Dr. Max Brauer (1887–1973), 1919–1924 2. Bürgermeister und 1924–1934 Oberbürgermeister von Altona (SPD), 1946–1953 und 1957–1960 1. Bürgermeister von Hamburg, 1961–1965 MdB. Vgl. Erich LÜTH in DEMOKRATEN S. 67–78.

neu gewählt worden sei⁴. Aber auch nach der Neuwahl sei Blank nicht gekommen. Man habe also monatelang umsonst gewartet. Er habe deshalb den Chefredakteur Lubbers gebeten, vorläufig die Bundesgeschäftsstelle zu leiten, bis ein anderer geeigneter Mann gefunden sei.

Mit den Finanzen stehe es nicht gut. Die Hoffnung auf das „Wirtschaftsbild“ hätte sich nicht erfüllt. Dr. Pferdenges sei eingesprungen, und ihm verdanke man, daß wenigstens die Zentrale ohne zu große Sorgen in die nächste Zukunft gehen könne.

Vor zwei Jahren habe die CDU den Wahlkampf frisch und forsch geführt. Sie habe sich dabei auf ihre Weltanschauung gestützt und den Kampf gewonnen. Es sei an der Zeit, wieder an der weltanschaulichen Fundierung der Partei zu arbeiten.

Nach einer kurzen Auseinandersetzung, wer zuerst über die Organisation berichten solle, schilderte *Holzappel* den Referatsaufbau in der Bundesgeschäftsstelle, wie er aus dem Stellenplan bekannt. Er nannte noch einmal die noch nicht besetzten Referate: Ost (Panzer), Organisation (Kitlas), Vertriebene (Beyer), Kultur (Dr. Bollinger und eine evangelische Kraft), Rundfunk (Dietsch⁵). Es hänge alles vom Geld ab, wann diese Referate besetzt werden können.

Inzwischen habe die Bundesgeschäftsstelle mit der Ausschubarbeit begonnen. Schwierigkeiten habe bisher die Finanzierung gemacht. Dr. Holzappel schlug vor, den Teilnehmern an Ausschußsitzungen die Reisekosten 3. Klasse D-Zug, ein Tagsgeld von DM 8,- und entsprechendes Übernachtungsgeld zu zahlen.

Der Vorstand beschloß demgemäß.

Holzappel berichtete über den Fall Fiedler-Wencker⁶. Als er davon sprach, daß gegen Gottaut⁷ Beanstandungen vorgebracht würden, brach *Adenauer* die personelle Schilderung ab.

Bach berichtete, die Sollzahlen des „Wirtschaftsbildes“ seien noch immer nicht erfüllt. In Westfalen würde sofort mit der Werbung begonnen. Er hoffe, daß auf der heutigen Sitzung des Finanzausschusses Westfalen Klarheit darüber geschaffen wer-

4 Auf dem Landesparteitag der CDU Westfalen-Lippe am 8. April 1951 in Unna schied Johannes Gronowski als 1. Vorsitzender aus. Gewählt wurden Lambert Lensing (1. Vorsitzender), Friedrich Holzappel (stv. Vorsitzender), Elisabeth Zillken (stv. Vorsitzende), Josef Schirpenbach (Schatzmeister). Vgl. UiD vom 11. April 1951.

5 Conrad Wilhelm Dietsch (1897–1969), vor 1933 DVP, 1946–1952 Generalsekretär bzw. Landesgeschäftsführer CDU Hamburg, 1952–1956 CDU-Bundesgeschäftsstelle.

6 Margreth Wencker hatte als Sekretärin des in der CDU-Bundesgeschäftsstelle beschäftigten Referenten Ferdinand Fiedler (geb. 1925), 1948–1950 Geschäftsführer CDU Heidelberg, im Mai 1951 Rundbriefe auf Dienstpost verschickt, in denen anlässlich des 36. Geburtstages von Fiedler um eine kleine Aufmerksamkeit gebeten wurde. Dies führte zur Kündigung (NL Gottaut ACDP I-351-004/3).

7 Hermann Gottaut (1901–1976), 1945–1948 Kreisgeschäftsführer CDU Wanne-Eickel, seit 1948 CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft, 1951–1966 CDU-Bundesgeschäftsstelle bzw. Uni-onbetriebsgesellschaft.

de, was Westfalen leisten wolle. Am Sonnabend werde eine Tagung in Württemberg stattfinden⁸. Eine Tagung in Hamburg sei vorgesehen, aber abgesagt worden. Schwierigkeiten gebe es noch in Hannover, Braunschweig und Oldenburg. Er hoffe aber, daß bis zum 1. Oktober das „Wirtschaftsbild“ seine Sollzahlen erreicht habe. Bach erinnert daran, daß seit Goslar durch den Bundesschatzmeister DM 263.000,- für Wahlen, Abwicklung des Zonensekretariats und des Generalsekretariats zusätzlich ausgegeben worden seien.

Lubbers berichtete über die bisherige Ausschußarbeit. Er legte zwei Geschäftsordnungsentwürfe für die Ausschüsse vor, einen für die Organisationsabteilung und einen vom Wirtschaftsausschuß.

Der Vorstand beschloß, die Geschäftsordnung des Organisationsausschusses in Kraft zu setzen vorbehaltlich redaktioneller Änderungen, zu der der 5er-Ausschuß ermächtigt wurde.

Der Vorstand beschloß weiter, den von der Organisationsabteilung der Bundesgeschäftsstelle ausgearbeiteten finanziellen Verteilungsschlüssel für die Ausschüsse zu genehmigen.

Geschäftsordnung und Verteilungsschlüssel liegen bei⁹.

Albers bemängelt, daß unter den Ausschüssen der Sozialausschuß nicht genannt sei. Im Wirtschaftsausschuß könnten nicht nur Wirtschaftsvertreter, sondern es müßten auch Arbeitnehmer Mitglieder sein.

Adenauer erklärte, daß dann auch in den Sozialausschüssen Vertreter der Wirtschaft Mitglieder sein müßten.

Kaiser erklärte, die Partei müßte auch einen Sozialpolitischen Ausschuß bilden. Die Wirtschaftspolitik gehe alle an, nicht nur die Wirtschaftler.

Adenauer erklärte, die Sozialausschüsse in ihrem derzeitigen Status zu belassen. Sie spielten in etwa die Rolle wie früher die christlichen Gewerkschaften. Es stehe nichts im Wege, zum Wirtschaftsausschuß einen Sozialpolitischen Ausschuß hinzuzubilden.

Holzapfel teilte mit, daß für die Kommunalpolitische Vereinigung eine Vereinbarung, wie in § 12 des Statuts vorgesehen¹⁰, fertiggestellt sei. Die KPV gelte dennoch als ein Ausschuß der Partei. Für die Junge Union hoffe er, baldigst eine Regelung zu finden. Bei den Sozialausschüssen liegen die Dinge schwieriger. In grundsätzlichen Fragen müßte der Wirtschaftsausschuß mit den Sozialausschüssen zusammenarbeiten.

8 Am 7. Juli fand in Freiburg eine Konferenz der südbadischen CDU-Vorsitzenden statt (vgl. UiD vom 7. Juli 1951); am 14./15. Juli tagte die Landesversammlung der CDU Nordwürttemberg in Stuttgart („Schwäbische Rundschau“ vom 22. Juli 1951).

9 Anlagen fehlen. Nicht zu ermitteln.

10 § 12 des Statuts vom 21. Oktober 1950 besagt: „Die Organisation, die Rechte und Pflichten von Vereinigungen innerhalb der CDU werden durch den Parteiausschuß geregelt“ (Druck: FLECHTHEIM 1 S. 201–204).

Dr. Holzapfel erklärte, es gebe Fragen, in denen der Wirtschaftsausschuß unter sich bleiben müsse. In allgemeinen Fragen könne man allerdings kombinieren.

Adenauer forderte, daß Vorsorge getroffen werde, damit nicht Beschlüsse der Ausschüsse an die Öffentlichkeit kämen, die einseitig seien und dem Ansehen der Partei schaden.

Lubbers erinnerte daran, daß in Goslar die Sozialausschüsse ausdrücklich von der Bildung des Sozialpolitischen Ausschusses abgesehen hätten.

Albers bestritt das, und es entwickelte sich eine Debatte über die Stellung des Wirtschaftsausschusses und gegebenenfalls eines Sozialpolitischen Ausschusses.

Kaiser schlug vor, die Sozialausschüsse sollten den Sozialpolitischen Ausschuß formen.

Von Brentano schloß sich diesem Vorschlag an.

Adenauer schlug vor, Minister *Kaiser*, *Albers* und der Abgeordnete *Etzel*¹¹ möchten sich zusammensetzen, um die Frage zu klären.

Der Vorstand ist damit einverstanden.

Strickrodt verweist auf die Notwendigkeit, den Wirtschaftsausschuß in Fragen der Finanzpolitik aktiver zu gestalten.

Hilpert vertiefte die Forderung *Strickrodts* und wies auf die Notwendigkeit der Finanzpolitik gerade im gegenwärtigen Augenblick hin.

Pferdmenges stellte zunächst klar, daß die Übersollzahlen des „Wirtschaftsbildes“ nicht zugunsten der Zentrale verwendet werden können. Er habe inzwischen einen Betrag von DM 50.000,- fest zugesagt bekommen, es sei nur noch zu klären, auf welchem Wege er gezahlt werden solle. Außerdem sei ihm darüber hinaus von einem Verband ein Betrag von DM 25.000,- bis DM 30.000,- monatlich in Aussicht gestellt worden. Das Ideal sei, insgesamt monatlich DM 200.000,- für die Partei bereitzustellen. Er hoffe, dieses Ziel in nicht allzu ferner Zukunft erreichen zu können. Es müsse nur ein Organ geschaffen werden, an das die Gelder ohne steuerliche Belastung gezahlt und von dem dieses Geld verwendet werden kann. *Dr. Pferdmenes* verwies auf eine Stiftung der FDP, die auch die Anerkennung als Stiftung bekommen habe und über die Parteigelder laufen.¹²

Holzapfel bezweifelte, ob diese Einrichtung der FDP in Düsseldorf korrekt sei. Die Einnahme der Gelder sei damit zwar gesichert, aber die Ausgabe komme doch immer wieder mit dem Finanzamt in Konflikt. Die Steuervorschriften seien darin

11 Franz Etzel (1902–1970), bis 1933 Jugendführer der DNVP Niederrhein-West, 1946–1949 Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Duisburg und Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der CDU Nordrhein sowie des Zonenausschusses für die britische Zone (Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses), 1949–1952 und 1957–1965 MdB, 1957–1961 Finanzminister, 1952–1957 Vizepräsident der Hohen Behörde der EGKS. Vgl. Alfred MÜLLER-ARMACK/Herbert B. SCHMIDT: Wirtschafts- und Sozialpolitik im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft. Stuttgart 1967.

12 Nicht zu ermitteln.

sehr streng. Der sicherste Weg sei, das Geld auf dem Wege über Inserate und das „Wirtschaftsbild“ zu vereinnahmen.

Bach wies darauf hin, daß man den Preis des „Wirtschaftsbildes“ nicht über DM 50,- je Abonnement setzen könne. Es sei daher besser, den Weg über die Inserate zu beschreiten.

Dichtel erklärte, es sei leichter, Abonnenten für das „Wirtschaftsbild“ zu gewinnen, als diese zu halten. Man könne die Bezieher des „Wirtschaftsbildes“ nur dann halten, wenn ihnen regelmäßig Gelegenheit gegeben werde, mit Bundesministern in kleinen Tagungen zusammenzukommen.

Schröter berichtete von einem Gespräch mit dem Bundesfinanzminister, wonach dieser gesagt habe, „Wirtschaftsbild“-Abonnements von DM 50,- bis DM 100,- seien steuerlich absetzbar. Man müßte sich also innerhalb dieser Grenze halten. Im übrigen glaubt *Schröter*, daß die Wirtschaft sich mehr und mehr dafür einsetzt, in der CDU den letzten Wall gegen Schumacher zu sehen.

Strickrodt ist der Auffassung, daß die FDP in der Mitbestimmung ihre Forderungen überspitzt habe¹³. Die Wirtschaft sei sehr zweifelhaft geworden, ob diese Politik der FDP richtig sei. Sie sei mehr geneigt, der Linie der CDU zuzustimmen.

Bach erklärte, wenn Nordrhein-Westfalen der Schwerpunkt der Finanzierung sei, dann könne das Geld aber nicht allein dorthin zurückfließen, da die Mitglieder der großen Wirtschaftsverbände, die ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen haben, über das ganze Bundesgebiet verstreut seien.

Holzapfel stellte Einigkeit des Vorstandes fest darüber, daß Einzelabonnements grundsätzlich an die Zentrale gehen, Pauschalabonnements auf ein Sonderkonto eingezahlt werden, regelmäßige Tagungen des „Wirtschaftsbildes“ veranstaltet werden sollen und daß ein genauer Plan für diese Tagungen fertiggestellt wird, der anlaufen soll, sobald Minister Erhard aus Amerika zurück ist¹⁴.

Dichtel wünscht für Tübingen und Freiburg¹⁵ nicht den Minister Erhard, sondern Minister Schäffer.

Hilpert forderte, daß die Aktion Pferdenges auf höchster Ebene erfolge, damit nicht die Landesverbände geschädigt würden. Alle Übersollzahlen müßten an die Landesverbände gehen.

Holzapfel schlug vor, als Sondereinnahmen nur Beträge über DM 10.000,- gelten zu lassen.

Der Fall Schutz sei noch nicht aus der Welt. Es gebe noch täglich Schwierigkeiten mit Schutz. Per Zufall habe man im letzten Augenblick verhindern können, daß der Ölverband Schutz DM 600.000,- für seinen Wirtschaftsring gezahlt habe.

13 Zur Haltung der FDP im Bundestag vgl. die Sitzungen vom 14. Februar, 4. April sowie 10. April 1951. Vgl. MÜLLER-LIST S. 376-381, 483f., 487f., 493f., 517f.

14 Der Bundeswirtschaftsminister hielt sich vom 2.- 12. Juli 1951 in den USA auf; Zweck der Reise war die Intensivierung des deutschen Exports (AdG 1951 S. 3023).

15 Wahlkampforte zur Volksabstimmung über den Südweststaat vom 9. Dezember 1951.

In Abwesenheit des Kanzlers übernimmt jetzt Dr. Holzapfel die Leitung der Sitzung.

Auf Antrag des kommissarischen Bundesgeschäftsführers¹⁶ beschloß der Vorstand, den Landesgeschäftsführern für die Landesgeschäftsführerkonferenzen die Fahrkarte 3. Klasse, ein Tagegeld von DM 8,- und Übernachtungsgeld zu zahlen.

Zur Besoldung der Landesgeschäftsführer erklärte *Hilpert*, an sich sei der Plan einer zentralen Besoldung der Landesgeschäftsführer sympathisch. Es müsse aber geklärt werden, wer die Landesgeschäftsführer anstelle und wer ihnen Weisung geben könne. Eine genaue Abgrenzung der Befugnisse der Landesverbände und der Zentrale sei dringend notwendig.

Simpfendorfer schloß sich dieser Auffassung *Hilperts* an.

Beschluß: Die Bundesgeschäftsstelle soll eine Vorlage für den Vorstand ausarbeiten, in der die Verhältnisse vom Vorstand, Bundesgeschäftsstelle zur Landesgeschäftsstelle bis hinunter in die Kreise geregelt werden.

Lubbers stellte die Anfrage, ob es der Bundesgeschäftsstelle gestattet sei, mit den Kreisparteien direkt zu verkehren, oder ob die Landesgeschäftsstellen eingeschaltet werden müßten.

Holzapfel erklärte, wenn die Landesgeschäftsstellen in Ordnung seien, könne der Verkehr zu den Kreisen nur über die Landesverbände erfolgen.

Kaiser sagte, man dürfe daraus kein Gesetz machen. Die Bundesgeschäftsstelle müsse selbst das Gefühl haben, was in jedem Fall in Ordnung sei und nicht.

Dichtel forderte, daß die Bundesgeschäftsstelle keine Anweisung an die Kreise geben dürfe.

Hilpert wies darauf hin, daß im Statut eine Bestimmung fehle, wonach im Falle des Nichtfunktionierens eines Landesverbandes vom Parteivorstand eine Generalversammlung einberufen und Ordnung geschaffen werden könne.

Holzapfel meinte, die Bundesgeschäftsstelle könne Informationsmaterial und ähnliche Dinge direkt an die Kreise geben, alles müsse zumindest mit Durchschlag über die Landesgeschäftsstelle gehen.

Von Brentano erklärte, es sei eine Frage der Zweckmäßigkeit, wie man die Dinge handhaben wolle. Vieles könne direkt an die Kreise gehen, manches müsse im Einvernehmen mit den Landesverbänden geregelt werden.

Beschluß: Die Bundesgeschäftsstelle soll eine Geschäftsordnung der Bundesgeschäftsstelle dem Vorstand vorlegen, worin auch diese Dinge geregelt werden.

Lubbers berichtete, eine Reihe von Mitgliedern des Parteiausschusses habe mitgeteilt, sie könnten wegen Mangel an Mitteln nicht an den Sitzungen teilnehmen, da

¹⁶ Gemeint ist *Lubbers*.

sich auch die Landesverbände weigern, die Kosten zu übernehmen. Die Bundesgeschäftsstelle vertrete die Auffassung, der Parteiausschuß sei die föderalistische Vertretung der Landesverbände, diese hätten daher alles Interesse daran, im Parteiausschuß gut vertreten zu sein. Sie müßten daher auch die Kosten zahlen.

Strickrodt wies darauf hin, daß es gewisse Notstände gäbe. Manche Parteiausschußmitglieder wollten auch aus guten Gründen sich nicht an die Landesverbände wenden. Solchen Mitgliedern müßte diskret unter die Arme gegriffen werden.

Holzapfel stellte als Meinung des Vorstandes fest, daß die Kosten für die Parteiausschußsitzungen von den Landesverbänden getragen werden müßten. Dies soll in einem Rundschreiben den Landeschatzmeistern mitgeteilt werden. In Zukunft soll unter den Einladungen zum Parteiausschuß der Vermerk stehen, daß die Finanzierung beim Landesverband liegt.

Bach forderte, daß in der Geschäftsordnung für die Bundesgeschäftsstelle auch die Beziehung und der Verkehr mit den Landesgeschäftsführern geregelt werde.

In der Beratung über die Geschäftsordnung für die Ausschüsse bat *Hilpert*, der Vorstand möge sich für den Entwurf der Organisationsabteilung der Bundesgeschäftsstelle entscheiden.

Beschluß: Der Geschäftsordnungsentwurf der Bundesgeschäftsstelle für die Ausschüsse wird als Geschäftsordnung vom Vorstand erlassen mit der Maßgabe, daß der 5er-Ausschuß gegebenenfalls redaktionelle Änderungen vornehmen kann.

Holzapfel beauftragte den kommissarischen Bundesgeschäftsführer mit dem Entwurf zu einer Vereinbarung mit den Parteiorganisationen.

Lubbers wies darauf hin, dies sei eine politische Frage, und sie müsse vom Vorstand geregelt werden.

Beschluß: Die Bundesgeschäftsstelle soll den Entwurf wie gefordert vorlegen.

Lubbers schnitt die Frage der Steuer an und berichtete über die Steuerprüfungen beim Landesverband Rheinland in Köln.

Hilpert empfahl, die Umsatzsteuer für die parteieigenen Publikationen zu bezahlen. Die große Frage sei die Körperschaftsteuer. Hier müsse die Bestimmung gelten, daß die Körperschaftsteuer nur für gewerbliche Gewinne gelte, soweit sie nicht allgemein anerkannten Zwecken dienen. Dr. Hilpert schlug vor, der Sauberkeit wegen mit den Finanzministern diesen Fall zu klären.

Lubbers berichtete über die Arbeiten am politischen ABC¹⁷ und bat den Vorstand, seinen Einfluß auf Abgeordnete und führende Persönlichkeiten geltend zu machen, die ihnen von der Bundesgeschäftsstelle vorgelegten Stichwörter schnell und gut zu bearbeiten.

17 Politisches ABC. Herausgegeben von der Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands. Bonn [1952].

Von Brentano sagte die Unterstützung der Fraktion zu und bat, bei der Verteilung der Stichwörter der Fraktion Kenntnis zu geben, damit diese eingreifen könne. Allen Stichwortbearbeitern soll ein altes ABC mit überreicht werden.

Lubbers berichtete über die Vorarbeiten der Organisationsabteilung in der Frage der Patenkreise.

Kiesinger sagte, die Einrichtung der Patenkreise könne nur dann geschaffen werden, wenn der Arbeitsrhythmus des Parlaments geändert werde. Nur wenn der Abgeordnete in regelmäßigem Turnus ein bis zwei freie Wochen habe, könne er sich intensiv um seinen Kreis und um einen Patenkreis kümmern. Es sei zweckmäßig, den Abgeordneten bei dieser Arbeit geeignete Leute beizugeben, um diese zugleich in die politische Arbeit einführen zu können.

Schröter bat, die Aktion nicht nur auf Bundestagsabgeordnete zu beschränken, sondern sie auch auf Landtagsabgeordnete auszudehnen.

Bach schlug vor, schon jetzt sich Gedanken über den zukünftigen Abgeordneten für jeden Kreis zu machen und ihn dann zu beauftragen, sich selbst seinen Kreis zu erobern.

Simpfendörfer plädierte ebenfalls für die Heranziehung möglichst vieler junger Kräfte, damit diese in die politische Arbeit hineinwachsen.

Dichtel betonte, die Abgeordneten seien allesamt zu sehr überlastet. Der Arbeitsrhythmus des Bundestages müßte geändert werden. Mit Patenkreisen überlastete man die Abgeordneten noch mehr. Die Aktion müsse mit der Fraktion genau abgestimmt werden.

Kiesinger betonte, es hänge sehr viel ab, wie die Kreise solche Aktionen vorbereiteten. Auch bei den Kreisvorsitzenden müsse sehr nach dem Rechten gesehen werden.

Albers erklärte, die Aktion müßte zunächst in den Landesverbänden anlaufen, da diese die Verhältnisse am besten kennen. Sie müßte dann mit der Bundesgeschäftsstelle abgestimmt werden, um möglicherweise übergebietlichen Ausgleich schaffen zu können.

Holzapfel forderte, jene Abgeordnete stärker zu belasten, die in der Nähe von Bonn wohnen und deshalb mit An- und Abreise nicht so sehr überlastet seien wie andere.

Von Brentano sagte, die Aktion könne nicht nur von den Landesverbänden vorgenommen werden. Die Bundestagsfraktion müsse sich dabei einschalten.

Holzapfel schlug vor, durch die Landesverbände feststellen zu lassen, welche Wahlkreise mit einiger Sicherheit auf Erfolg zu gewinnen wären, und sich diesen Kreisen besonders zu widmen.

Schreiber meinte, die Zentrale könne keine Vorschläge für Kandidaten an die Landesverbände machen. Die Landesverbände selbst müßten sich schon jetzt um die Kandidaten für die kommende Bundestagswahl kümmern.

Kather wandte sich gegen den Vorschlag Dr. Holzapfels, nur die aussichtsreichen Kreise zu bearbeiten. Die Partei müsse sich um alle Kreise kümmern.

Strickrodt gab zu bedenken, man müsse auch berücksichtigen, daß manche Abgeordnete sich für den nächsten Bundestag nicht wieder aufstellen lassen würden.

Bach teilte mit, daß es etwa 100 Kreise mit einem Bundestagsabgeordneten der CDU gebe, in denen es nicht einmal einen Geschäftsführer gebe. Hier müsse nach dem Rechten gesehen werden.

Beschluß: Die Bundesgeschäftsstelle soll dem Vorstand mitteilen, welche Bundestagswahlkreise keinen Kreisgeschäftsführer haben.

Von Brentano erinnerte daran, daß jeder Abgeordnete DM 200,- für die Unterhaltung seines Sekretariats vom Bundestag bekomme. Diese müsse er notfalls für die Haltung seines Kreissekretariats beisteuern.

Lubbers erinnerte daran, daß satzungsgemäß im Herbst ein Parteitag fällig sei. Es lägen die Vorschläge Heidelberg, Mannheim und Stuttgart vor.

Überwiegende Meinung des Vorstandes ist für Stuttgart. Die Bundesgeschäftsstelle wird mit der Prüfung des Tagungsortes beauftragt. Die nächste Ser-Ausschußsitzung müsse sich damit beschäftigen.

Zu diesem Zeitpunkt übernimmt Dr. Adenauer wieder den Vorsitz.

PARTEI UND FRAKTION

Von Brentano bemängelte als erstes, daß er keine Einladung zur Vorstandssitzung erhalten habe. Bezüglich der Arbeit der Fraktion sei zu sagen, daß die Abgeordneten in der Arbeit ersticken, daß sie auch aus diesem Grunde nicht mehr vom Grundsatz her entscheiden, sondern aus peripheren Gründen. Oft müßten Beschlüsse überhitzt und übereilt gefaßt werden. Die Fraktion brauche dringend Kontrolle und die Mitarbeit der Partei. Sie brauche die Ausschüsse, die vom Grundsätzlichen her arbeiten. Vielfach sähen die Abgeordneten nicht mehr, wie weit man bei Kompromissen gehen könne. Viele der Abgeordneten leisten sehr viel Arbeit, manche sind vollkommen passiv. Er trage sich mit dem Gedanken, die Namen der säumigen Abgeordneten den Landesverbänden und den Kreisen mitzuteilen, damit sie nicht mehr als Kandidaten aufgestellt werden. Er hoffe, daß die Zusammenarbeit der Fraktion mit der Partei sich in Zukunft enger gestalten werde. Er werde dem Fraktionsvorstand vorschlagen, die Referenten der Bundesgeschäftsstelle zu den Fraktionssitzungen und bei Spezialfragen zu den Vorstandssitzungen hinzuzuziehen, um sie zu unterrichten. Die Ausschüsse der Partei müßten mit Mitgliedern der korrespondierenden Ausschüsse des Bundestages besetzt werden, damit sich überall eine gesunde Wechselwirkung ergebe.

Dr. von Brentano schlug dann vor, im September eine große Fraktionssitzung außerhalb Bonns zwei Tage lang zu veranstalten, zu der die Minister des Bundes, der Länder, die Fraktionsvorsitzenden der Länderfraktionen und die Mitglieder des Parteiausschusses eingeladen werden sollen. Er verspreche sich davon eine Wek-

kung des Gemeinschaftsgefühls und eine Zusammendrängung der zentrifugalen Kräfte. Insbesondere müsse die Beziehung der Bundestagsfraktion zu den Länderfraktionen enger gestaltet werden. Bisher erfahren beide gegenseitig nichts von ihrer Arbeit. Die Vorsitzenden der Länderfraktionen müßten einmal zur Vorstandssitzung hinzugezogen werden.

Adenauer forderte einen verstärkten Materialaustausch zwischen der Fraktion und der Bundesgeschäftsstelle. Wesentlich sei aber, einmal einen Historiker damit zu beauftragen, Aufgabe und Auftrag der CDU aus der Geschichte des 19. Jahrhunderts zu entwickeln. Ein solches grundsätzliches Referat müßte in einem solchen Gremium behandelt werden, wie es *Brentano* vorgeschlagen habe. Die Besinnung auf die Fundamente der Partei sei die wichtigste Voraussetzung für eine fruchtbare Arbeit.

Dr. *Adenauer* gab dann einen Überblick über die Zustände in der Partei. Die Landesparteien seien schlecht in Ordnung. Schleswig-Holstein müsse neu aufgebaut werden. Dort habe jeder mit jedem Krach. In Hamburg sei es ähnlich. In Niedersachsen gebe es zuviel verschiedene Meinungen und zuviel persönliche Gegensätze. Oldenburg sei unzufrieden über Hannover. Westfalen sei noch die beste Landespartei. Nordrhein habe nicht einmal mehr DM 1.000,- in der Kasse. Dabei habe dieser Landesverband zu seinem Geburtstag DM 180.000,- gesammelt. Dr. *Adenauer* erklärte, er habe davon noch keinen Pfennig gesehen und wisse nicht, was aus dem Geld geworden sei. Rheinland-Pfalz sei in Ordnung, aber Hessen sei sehr schwierig.

Eine durchgehende Arbeit von der Bundesgeschäftsstelle bis hinunter in die Kreise müsse möglich gemacht werden. Die CDU-Fraktion sei gewählt worden nach lokalen Gesichtspunkten und nicht nach den Bedürfnissen des Bundes. Ein Teil der Abgeordneten habe sich gut eingearbeitet, ein Teil sei nicht über die Interessen seines Wahlkreises hinausgewachsen. Viele haben nichts gelernt. Bis zur Kandidatenaufstellung blieben uns nur noch eineinhalb Jahre. Es müsse dafür Sorge getragen werden, daß die Kandidatenaufstellung im Einvernehmen mit dem Bundesvorstand gut vorbereitet werde. Er mache den Vorschlag, Dr. von *Brentano* möge sofort nach den Ferien seiner Fraktion ernst ins Gewissen reden und ihr mitteilen, der Vorstand sei der Ansicht, daß die Namen der nicht aktiven Abgeordneten an die Kreise weitergegeben werden, um eine Wiederwahl damit zu verhindern. Zwar seien Finanzen für eine Partei wichtig, aber Arbeit sei besser. Er sei auch nicht der Auffassung, daß die Jugend schwer zu gewinnen sei, man müsse sich ihr nur widmen und sich um sie kümmern.

Auf seiner Romreise¹⁸, so erklärte Dr. *Adenauer*, habe er mit der italienischen Partei sehr ernste Besprechungen gehabt. Man sei übereingekommen, die parteipolitische Bindung zwischen den italienischen christlichen Demokraten und den deut-

¹⁸ *Adenauer* hielt sich vom 16.–18. Juni 1951 in Rom auf; es war der erste offizielle Besuch des Bundeskanzlers in Italien. Vgl. AdG 1951 S. 2990; UiD vom 23. Juli 1951; *ANDREOTTI* S. 390f.

schen enger zu gestalten. Man müsse mit den christlichen Parteien der anderen europäischen Länder einen Bund schließen, der die gemeinsamen Interessen besser pflegen könne als die NEI¹⁹. Die NEI müsse auch einen anderen Namen bekommen und müsse auch aus dem Trott herausgerissen werden. Man müsse darauf hinarbeiten, schon in Ems²⁰ die Christliche Internationale zu schaffen. In die Bundesgeschäftsstelle gehöre unbedingt ein Referat hinein, das die Beziehungen zu den ausländischen christlichen Parteien hauptamtlich bearbeite.

Majonica teilt mit, die jüngeren Sektionen der NEI seien übereingekommen, in Berlin eine Christliche Internationale zu schließen²¹.

Adenauer hält die Schaffung einer Christlichen Internationale schon in Ems für durchaus möglich. Alle christlichen Parteien Europas mit Ausnahme des MRP²² werden sicher damit einverstanden sein.

Von Brentano trat dafür ein, schon in Ems zu versuchen, das NEI-Sekretariat von Paris fortzunehmen und in eins der kleineren Länder zu verlegen.

Schröter berichtete, er habe am Sonntag in Genf mit den Vertretern der NEI diese Frage schon besprochen. Die Franzosen machten noch gewisse Vorbehalte. Allgemein sei man aber der Auffassung, jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, eine aktive Christliche Internationale zu schaffen.

Albers regte an, das Material aus der Christlichen Arbeiter-Internationale und der Internationalen katholischen Arbeiterbewegung als Grundlage für eine politische Christliche Internationale zu nehmen.

Kaiser empfahl, schon heute für Ems einen hervorragenden Mann zu suchen, der die Idee der Christlichen Internationale dort vertreten solle.

Adenauer schlug *Süsterhenn*²³ vor.

Beschluß: Ein Ausschuß, bestehend aus den Herren Minister *Kaiser*, *Kiesinger*, *Simpfendorfer* und *Süsterhenn*, solle die Idee der Christlichen Internationale für Ems vorbereiten.

19 Nouvelles Equipes Internationales (NEI), 1947 in Chaudefontaine (Belgien) gegründete Vereinigung der christlich-demokratischen Parteien Europas. Vgl. HAHN.

20 Fünfter Jahreskongreß der NEI vom 14.–16. September 1951 in Bad Ems; Tagungsthema: Europa und der Friede (ACDP IX-002-012).

21 Die „Internationale Union junger christlicher Demokraten“ wurde 1951 in Wiesbaden gegründet; sie ging hervor aus der im Jahre 1947 gegründeten Jugendkommission der NEI. Vgl. HAHN S. 19.

22 Mouvement Républicain Populaire, 1944 gegründet und 1967 aufgelöste französische Partei mit christlich-sozialem Programm. Vgl. BICHET.

23 Dr. Adolf Süsterhenn (1905–1974), 1933 Stadtverordneter in Köln (Zentrum), Mitgründer der CDU Koblenz-Montabaur, 1947–1965 Mitglied des CDU-Landesvorstands Rheinland-Pfalz, 1946–1947 Justizminister von Rheinland-Pfalz und Mitglied der Verfassungebenden Landesversammlung, 1947–1951 MdL und Justiz- und Kultusminister, 1957–1961 Präsident des Verfassungsgerichtshofs und des Oberverwaltungsgerichts von Rheinland-Pfalz, 1948–1949 MdPR, 1961–1969 MdB. Vgl. Winfried BAUMGART in LEBENSBILDER 6 S. 189–199.

Simpfendörfer begründete eine Entschließung des Landesverbandes Nord-Württemberg²⁴. Er forderte, die Propaganda für die Leistungen der Bundesregierung stärker zu gestalten, die Parteipropaganda zu forcieren und dafür zu sorgen, daß die Bundesminister sich mehr der Partei verantwortlich fühlen.

Adenauer teilte mit, er habe mit Prof. Erhard gesprochen und ihn gebeten, nicht mehr soviel Reden zu halten und sich in Zukunft mehr als Mitglied des Kabinetts und nicht als Einzelgänger zu fühlen. Minister Erhard habe versprochen, den Wünschen nachzukommen. Dr. Adenauer verurteilte eine Befragung, wie sie der frühere Staatssekretär Binder²⁵ unter den CDU-Ortsgruppen in Württemberg veranstaltet hat.

Bezüglich der Propaganda der Bundesregierung habe man bisher erheblich unter Geldmangel gelitten. Staatssekretär Dr. Lenz²⁶ verfüge aber inzwischen über Mittel, und man werde den Erfolg seiner Arbeit hoffentlich in kurzem sehen.

24 Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Die CDU-Fraktion des württemberg-badischen Landtags hat am 25. Juni 1951 in Bruchsal in einer Sondersitzung zusammen mit den CDU-Bundestagsabgeordneten von Württemberg-Baden sowie den Vorsitzenden der Landesverbände der Partei in Nord-Württemberg und Nord-Baden, Wilhelm Simpfendörfer und Dr. Gurk, zu der gegenwärtigen politischen Lage Stellung genommen.

Sie beglückwünscht den Bundeskanzler zu seinen außen- und innenpolitischen Erfolgen. Wenn jedoch diese Erfolge keinen Widerhall in den breiten Volksmassen finden, wie das bisher der Fall ist, muß mit einer Abwanderung weiter Wählerkreise gerechnet werden. In dieser Befürchtung und in tiefer Sorge um die gesellschafts- und staatspolitischen Folgen einer solchen Entwicklung dringt die Fraktion einmütig auf die baldmöglichste Durchführung folgender Maßnahmen:

1. Größere Verantwortlichkeit der Regierungsmitglieder der CDU gegenüber der Gesamtpartei.
2. Entlastung des Bundeskanzlers von den Parteigeschäften durch die Berufung einer verantwortlichen und aktionsfähigen Geschäftsführung.
3. Führung der öffentlichen Meinung durch ein Informationsministerium.
4. Stärkere Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik des Kabinetts, insbesondere Vermeidung vorzeitiger Bekanntgabe unausgereifter Pläne und Entwürfe einzelner Regierungsmitglieder. Eindeutige Klärung der Kompetenzen, vor allem auf dem Gebiete des Geld- und Kreditwesens.
5. Stabilisierung wahrhaft sozialer Löhne und Preise durch die sofortige Inangriffnahme eines umfassenden Regierungsprogramms, in dem einem wirksamen Preisgesetz eine besondere Bedeutung zukommen muß.
6. Unverzügliche Verkündung eines geschlossenen Agrarprogramms.“

(ACDP VII-002-273)

25 Dr. Paul Binder (1902–1981), 1937–1940 stv. Direktor der Dresdner Bank Berlin, 1945 Landesdirektor und 1946 Vizepräsident des Staatssekretariats von Württemberg-Hohenzollern, 1946–1952 und 1954–1960 MdL Württemberg-Hohenzollern bzw. Baden-Württemberg (CDU), 1948–1949 MdPR, 1964–1968 Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. – Umfrage nicht zu ermitteln.

26 Dr. Otto Lenz (1903–1957), vor 1933 Zentrum, Mitgründer der CDU Berlin, 1951–1953 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1953–1957 MdB, 1955–1957 Mitglied der Beraten-

Dichtel machte Mitteilung von einer Entschließung seines Landesverbandes, in der die Fraktion aufgefordert wird, keine neuen Steuern mehr zu bewilligen.

Von Brentano erklärte, ein derartiger Beschluß sei bereits von der Fraktion gefaßt.

SCHLESWIG-HOLSTEIN – NIEDERSACHSEN

Schröter schildert die Verhältnisse in Schleswig-Holstein und die Entwicklung der CDU bis zum Wahlblock. Mit dem Wahlblock habe das Unglück der CDU in Schleswig-Holstein angefangen. Der Wahlblock sei ein Fehler gewesen, und die Partei sei entschlossen, nie wieder ein solches Abkommen abzuschließen. Bis zum 9. Juli 1950 sei in der Partei alles in Frieden gewesen. Als Bartram kam, fing das Elend der schleswig-holsteinischen CDU an²⁷. Er habe als Landesvorsitzender eingegriffen und habe sich für verpflichtet gehalten, für die Abberufung Bartrams zu sorgen. Dabei habe er selbst auch Nackenschläge bekommen. Ein Ehrengericht habe ihn aber völlig rehabilitiert. Er sei aber als Landesvorsitzender zurückgetreten. Z. Z. sehe er keine Möglichkeit, wie sich die Verhältnisse bessern sollen. In einem protestantischen Land könne der Ministerpräsident und Landesvorsitzende nicht Katholik sein. Lübke²⁸ habe zwar erklärt, er werde bald als Landesvorsitzender zurücktreten, dann soll eine evangelische Persönlichkeit den Vorsitz übernehmen.

Adenauer erklärte, nicht der Wahlblock oder Bartram seien die Ursachen des Rückganges der CDU in Schleswig-Holstein. Schon die Ereignisse um die „Kieler Nachrichten“ hätten der Partei sehr geschadet. Es sei in der Partei und in Schleswig-Holstein zu sehr intrigiert worden. Er halte Lübke für einen guten Mann. Der Bund werde Schleswig-Holstein unterstützen, damit sich die Regierung halten könne. Es müsse dort aber endlich Schluß mit dem Krach in der Partei gemacht werden. Er habe insbesondere die Bitte an Schröter, seine Freunde zu veranlassen, nicht mehr gegen die Gegner zu schießen, sondern alle seine Freunde aufzufordern, Lübke zu stützen.

Kather erklärte, in Schleswig-Holstein sei auch zu Schröters Zeiten nicht alles in Ordnung gewesen. Die Fehler hätten dazu geführt, daß die Flüchtlinge sich zuerst in Schleswig-Holstein abgesetzt und den BHE gegründet hätten.

den Versammlung des Europarates. Vgl. Hans Edgar JAHN in CHRISTLICHE DEMOKRATEN S. 243–266.

27 Am 9. Juli 1950 hatte die Landtagswahl stattgefunden: SPD 27,5 % (19 Sitze), BHE 23,4 % (15), CDU 19,7 % (16), DP 9,6 % (7), FDP 7,1 % (8), SSW 5,5 % (4). Ab 5. September führte Bartram die Koalitionsregierung aus dem von CDU, FDP und DP gebildeten „Deutschen Wahlblock“ und dem überraschend erfolgreichen BHE (AdG 1950 S. 2475, 2548, 2566).

28 Friedrich Wilhelm Lübke (1887–1954), Mitgründer der CDU Schleswig-Holstein, 1946–1954 MdL, 1947 Mitgründer des Bauernverbands Schleswig-Holstein, 1951–1954 Ministerpräsident und Vorsitzender der CDU Schleswig-Holstein. Vgl. Hartwig SCHLEGELBERGER in CHRISTLICHE DEMOKRATEN S. 267–294.

Cillien berichtete über die Verhältnisse in Niedersachsen. Der Übelstand sei, daß die konfessionellen Gegensätze in der CDU aufgebrochen seien. Die Niederdeutsche Union sei geboren auf allgemeinen Wunsch und mit Billigung aller Parteiinstanzen. Sie sei eine staatspolitische Notwendigkeit. *Cillien* berichtete dann über eine Aussprache mit Minister *Hellwege*²⁹, die eine Reihe von Mißverständnissen ausgeräumt habe. Vor allen Dingen dürfe nicht darüber diskutiert werden, ob die Fraktion und Niederdeutsche Union aufgelöst werden sollen. Man würde alle Parolen aus dem Wahlkampf verleugnen, wenn man mit einem solchen Gedanken auch nur spiele. Die FDP habe vor der Wahl ihre Versprechen zu einem Zusammenschluß gebrochen. Es sei auch deshalb notwendig, daß DP und CDU, die das gleiche Gedankengut vertreten, zusammenblieben. *Cillien* schilderte noch einmal die Fehler, die um Gereke gemacht wurden. *Hellwege* hat sich in den Verhandlungen vor und nach den Wahlen nicht als der starke Mann erwiesen, wie man geglaubt habe. Er wollte mit der SRP verhandeln, weil er Ministerpräsident werden wollte. Die Zukunft der CDU und der Niederdeutschen Union hänge davon ab, welche Arbeit die Fraktion leisten könne. Die Fraktion wolle unter allen Umständen zusammenbleiben, wenn sie auch nicht glücklich zusammengesetzt sei. Die CDU muß in den Kreisen selbständig bleiben, um einen Stamm für eine Reorganisation zu haben. Am wichtigsten sei, daß von außen nicht mehr in die niedersächsischen Verhältnisse hineingeredet werde. Insbesondere könne der Parteiausschuß und der Vorstand nicht über Niedersachsen entscheiden.

Adenauer erklärte, man könne zwar nicht über Niedersachsen entscheiden, aber die Gesamtpartei werde von den Verhältnissen betroffen, und darum müsse man sich um Niedersachsen kümmern.

Von Brentano betonte, es sei eine schlechte Demokratie, die Macht zu mißbrauchen, um Wahlgesetze zu erzwingen, die Wahlbündnisse einfach unumgänglich machen. Grundsätzlich solle sich die CDU gegen Wahlbündnisse entscheiden. Gewinne durch solches taktisches Vorgehen seien immer Scheingewinne. Die Partei verliere dabei ihr Gesicht, und gerade die treuesten Wähler würden ihr untreu.

Strickrodt berichtete über den Parteitag in Braunschweig³⁰, der sehr erfreulich

29 Heinrich Peter *Hellwege* (geb. 1908), 1946 Mitgründer und bis 1961 Vorsitzender des Direktoriums der NLP bzw. DP Niedersachsen, 1947–1952 und 1955–1963 MdL Niedersachsen (1947–1949 Fraktionsvorsitzender der DP), 1949–1955 MdB (DP) und Minister für Angelegenheiten des Bundesrates, 1955–1959 Ministerpräsident von Niedersachsen, 1961 CDU (vgl. Emil *EHRICH*: Heinrich *Hellwege*. Ein konservativer Demokrat. Hannover 1977). Über die Rolle *Hellweges* in der DP vgl. *MEYN*; *Stöss* 1 S. 1025–1111.

30 Auf dem Parteitag des Landesverbands Braunschweig am 1. Juli 1951 in Wolfenbüttel wurde *Fricke* – ohne Zustimmung des Kreisverbands Braunschweig-Stadt – zum Landesvorsitzenden gewählt; die Auseinandersetzung zwischen dem 1. Vorsitzenden des Kreisverbands Braunschweig-Stadt, *Hofmeister*, und *Fricke* war nicht beigelegt, wie aus Rundschreiben des Kreisverbands Braunschweig-Stadt vom 15. Juli 1951 bzw. des Landesverbands Braunschweig vom 11. August 1951 hervorgeht (NL *Fricke* ACDP I-248-029/1).

verlaufen sei. Er schilderte die Auseinandersetzung zwischen Hofmeister und Fricke³¹, von der er aber hoffe, daß sie inzwischen beigelegt sei.

Kaiser sprach die Hoffnung aus, es möge im Parteyausschuß nicht zu störenden Auseinandersetzungen über die Verhältnisse in Schleswig-Holstein und Niedersachsen kommen. Man möge am besten den Punkt von der Tagesordnung absetzen. Die CDU als große deutsche Partei könne und dürfe in keinem Lande fehlen. Sie müsse auch in Schleswig-Holstein neu entstehen. Der Minister sprach die Hoffnung aus, daß in zwei Jahren die DP in der CDU aufgegangen sei. Die CDU müsse Eroberungen machen, nicht nur durch Einbeziehung der DP, sondern auch durch Bereinigung der Frage Zentrum und der Bayernpartei.

Kather erklärte, die Krise in Niedersachsen sei eine Vertrauenskrise. Millionen von Vertriebenen müßten der Partei zurückgewonnen werden. In dem Abkommen Schumacher-Kraft³² liege eine große Gefahr. Die CDU müsse alles daran setzen, dem BHE das Wasser abzugraben.

Bach wies darauf hin, daß die Verhältnisse in Norddeutschland nicht so einfach liegen wie im katholischen Süden. Der evangelische Norden müsse zurückgewonnen und gehalten werden. Bach plädierte für eine Arbeitsgemeinschaft der CDU mit der DP, ähnlich wie mit der CSU.

Adenauer erklärte abschließend, die Fraktion der Niederdeutschen Union müsse in Hannover bestehen bleiben. Man müsse die Rechtstendenzen in der DP genau beobachten. Um eine Debatte im Parteyausschuß zu vermeiden, schlage er vor, daß zunächst Cillien eine kurze Erklärung zu Niedersachsen abgebe und Minister *Kaiser* sie ergänze.

Kaiser wies auf die Gefahr hin, daß christliche Arbeiter zur SPD abschwenken. Wenn sie diesen Schritt erst einmal getan hätten, seien sie nur sehr schwer zurückzugewinnen. Das Ziel der CDU müsse sein, die DP voll in sich aufzunehmen.

Adenauer schloß die Sitzung gegen 20.30 Uhr.

31 Dr. Otto Fricke (1902–1972), 1947–1951 und 1955–1970 MdL Niedersachsen, 1948–1950 Minister für Wirtschaft und Verkehr, 1949 Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Goslar, 1951–1968 des CDU-Landesverbands Braunschweig.

32 Waldemar Kraft (1898–1977), 1950 Mitgründer des GB/BHE und Vorsitzender bis 1954, 1950–1953 MdL Schleswig-Holstein, stv. Ministerpräsident und Finanzminister (ab 1951 zugleich Justizminister), 1953–1961 MdB (GB/BHE, ab 1956 CDU), 1953–1956 Minister für besondere Aufgaben. – In der Abmachung, die den Weg für eine Koalition SPD/BHE in Niedersachsen freimachte, war festgelegt, daß die SPD die Vorstellungen des BHE bei der Behandlung des Lastenausgleichsgesetzes in Bonn unterstützen würde. Vgl. FRATZSCHER S. 99; NEUMANN S. 69f.